

Klagewelle gegen Klimasünder

Eine Prozesslawine rollt auf die Hauptverursacher des Klimawandels zu und setzt sie unter Zugzwang.

VON FABIAN SCHEIDLER

Eine Reihe von Prozessen von Opfern des Klimawandels gegen die Haupttäter sorgt zurzeit für Aufregung nicht nur unter Juristen sondern auch in Vorstandsetagen und Ministerien. Der jüngste Fall war die Klage von Opfern eines Gletscherseeausbruchs in Nepal gegen mehrere Automobilkonzerne, darunter Daimler, Ford und VW. Der District Court in Chicago, Illinois, erkannte am vergangenen Mittwoch die von dem Ankläger Matt Pawa dargelegte Verursachungskette grundsätzlich an – von der Emission von Treibhausgasen über globale Erwärmung, Schmelze der Himalaya-Gletscher bis zum Bersten des Gletschersees im September 2009. Der Ausbruch hatte damals etwa dreitausend Menschen das Leben gekostet und 35.000 um ihre Existenzgrundlagen gebracht.

Den Autoherstellern wurde aufgrund ihrer aggressiven Vermarktung spritfressender Autos eine Schadensersatzzahlung von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar an die Überlebenden der Katastrophe auferlegt sowie die Verpflichtung zum Bau sparsamerer Modelle.

Nicht nur gegen Unternehmen sondern auch gegen Staaten werden vermehrt aussichtsreiche Prozesse geführt. Nach dem Teilerfolg der Klage von Inuit aus Alaska gegen die US-Regierung im Jahre 2007 wegen der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch die fortschreitende Erwärmung haben sich inzwischen auch eine Reihe von Südsee-Inselstaaten zu einer Klage gegen die Hauptverursacherstaaten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag entschlossen. Vielen Inselstaaten droht durch den steigenden Meeresspiegel der Untergang ihres Territoriums.

Grundlage für solche Prozesse von Staaten gegen Staaten ist die so genannte „no harm rule“ im Völkerrecht, nach der Staaten es nicht zulassen dürfen, dass von ihrem Territorium Beeinträchtigungen ausgehen, die

andere Staaten schädigen. Bisher waren solche Klagen allerdings aufgrund von politischem Druck unterblieben. Mittlerweile entwickeln jedoch die vom Klimawandel besonders hart betroffenen Länder des Südens neues Selbstbewusstsein und lassen sich die Tatenlosigkeit und Arroganz der Industrieländer nicht länger bieten.

Der erste große Schritt in diese Richtung fand in Kopenhagen statt. Beim Weltklimagipfel im Dezember 2009 hatte sich eine Gruppe von afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern zusammenschlossen und die Bremser der EU, der USA, Russlands und anderer Industriestaaten herausgefordert: Sie bestanden auf einem Reduktionsziel von 40 Prozent in den Industrieländern bis 2020.

Ihre Forderungen wurden von massivem zivilgesellschaftlichen Widerstand unterstützt: Mehr als 100.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus aller Welt waren nach Kopenhagen gekommen und blockierten für 48 Stunden das Kongresszentrum vollständig.

Kurz vor dem Scheitern der Verhandlungen stimmte die EU in einem entscheidenden Schritt dem 40-Prozent-Ziel zu. Die US-Delegation, Russland, Kanada und Australien waren gezwungen zu folgen, um nicht als Verhinderer dazustehen. Auch China war erstmals zu verbindlichen Reduktionen bereit.

Trotzdem blieben Bedenken über die Wirksamkeit des Abkommens. Denn der Emissionshandel erlaubt es den Industrieländern, einen großen Teil der Reduktionen nicht im eigenen Land vorzunehmen sondern durch den Einkauf von Emissionsrechten. Immer mehr Experten gehen davon aus, dass dadurch nicht, wie oft behauptet, die Kosten des Klimaschutzes sinken, sondern vor allem Verschmutzungsrechte für die Industrien des Nordens gesichert werden.

Auch aus diesem Grund ist die Klagewelle gegen Hauptverursacher des Klimawandels von großer Bedeutung. Je mehr dieser Klagen Erfolg haben, desto deutlicher setzt sich im internationalen Klimarecht das Verursacherprinzip durch: Staaten und Unternehmen können sich dann nicht mehr über intransparenten Zertifikatehandel freikaufen, sondern werden statt dessen direkt in die Haftung genommen und müssen für die von ihnen verursachten Schäden bezahlen.

Einige Unternehmen haben die Zeichen der Zeit offenbar erkannt. Ein Sprecher des Reiseunternehmens TUI sagte: „Wer jetzt noch klimaschädigende Fernreisen anpreist, muss später mit massiven Schadensersatzklagen rechnen. Frühere Milliardenförderungen gegen die Tabakindustrie und die Asbestindustrie werden dagegen wie Peanuts aussehen.“

Noch deutlicher äußerte sich der Belegschaftssprecher der Opel-Werke, die nach dem Beinahe-Konkurs im vergangenen Jahr verstaatlicht und später auf Druck der Belegschaft in eine Genossenschaft überführt wurden: „Die gesamte Automobilbranche muss konvertiert werden. Anstelle von ressourcenintensivem Individualverkehr müssen wir den Schwerpunkt auf öffentliche Transportmittel auf der Basis erneuerbarer Energien verlagern. Sonst hat die Branche keine Zukunft.“

„Die Klagen erhöhen den politischen Druck auf die Verursacher, endlich einschneidende Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen statt die Weltöffentlichkeit mit vagen Versprechungen hinzuhalten. Auch die Bundesregierung wird sich bewegen müssen – etwa mit einem Verbot für den Bau neuer Kohlekraftwerke“, so die Hamburger Anwältin Roda Verheyen, Mitbegründerin des Climate Justice Programms.

Informationen zum Climate Justice Programm unter www.climatelaw.org

Abschied von Atom und Kohle

Die Bundesregierung will eine Energiewende-Agentur gründen

VON CHRIS METHMANN

BERLIN In seiner gestrigen Sitzung hat das Bundeskabinett die Gründung einer Energiewende-Agentur beschlossen. Ein Regierungssprecher erläuterte: „Um möglichst schnell die neuen strengen Klimaschutzvorgaben erfüllen zu können, muss ein staatlicher Eingriff in den Energiemarkt vorgenommen werden. Über die Agentur werden wir alle klimaschädlichen Energiequellen bündeln und dem Strommarkt entziehen. Wir wollen damit die fossile und atomare Energiewirtschaft endgültig abzuwickeln.“

Mit der Energiewende-Agentur will die Koalition eine der zentralen Vorgaben des Post-Kyoto-Protokolls umsetzen, das im Dezember 2009 in Kopenhagen vereinbart wurde.

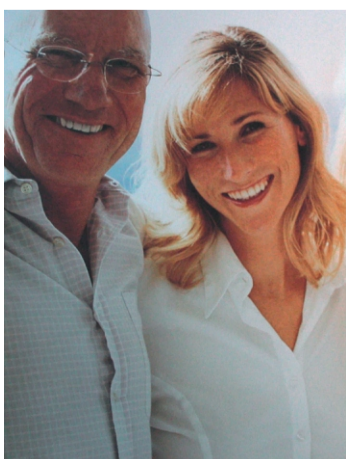
Mehrere zehntausend Menschen hatten damals die Regierungschefs mit gewaltfreien Blockaden so lange in ihrem Tagungsort eingeschlossen, bis diese ein brauchbares Ergebnis zustande brachten. Am Ende hatten sich die Staatenlenker schließlich auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen der Industrieländer um 40 Prozent bis 2020 geeinigt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die fossile Energiewirtschaft in den nächsten 20 Jahren beendet werden.

Zu Jahresbeginn hatte die Bundesregierung sich zunächst geweigert, diese Vorgaben umzusetzen. Einige Schwellenländer wie China und Brasilien drohten daraufhin mit einem Verfahren vor dem neu eingerichteten Streitschlichtungsorgan. Bei einem Sieg vor dem UN-Klimagericht hätten diese Länder empfindliche Strafzölle auf klimaschädliche Produkte aus Deutschland erheben können.

Nicht zuletzt auf Druck der deutschen Autoindustrie, die um ihren Exportabsatz bangt, erklärte sich die Bundesregierung schließlich bereit, die „Energiewende-Agentur“ einzurichten. Im Gegenzug muss die Autolobby deutlich strengeren Emissionsgrenzen für ihre Produkte zustimmen.

Ermöglicht wird der Aufkauf der Kraftwerke durch eine Sondersteuer auf die Gewinne der Energiekonzerne. „Die Gelder für die Verstaatlichung längst abgeschriebener Kraftwerke sind doch Peanuts im Vergleich zu den Unsummen, die den Banken im letzten Jahr hinterher geworfen wurden“, rechtfertigte ein Sprecher des Finanzministeriums in der gestrigen Kabinettsdebatte diesen Schritt. Er sprach sich auch für eine gesetzliche Regelung aus, die allen Menschen ein kostenloses Grundkontingent an Strom und Heizwärme aus erneuerbaren Energiequellen garantiert.

schachspieler / photocase.com



DAMIT UNS DAS LACHEN NICHT VERGEHT

Seit über 20 Jahren machen wir uns für eine integrierte Gesundheitsversorgung in unserer Hand stark – von der Wiege bis zur Bahre. Dank elektronischer Gesundheitskarte und der Konzentration von Privatkliniken, Privatkassen und Versorgungszentren unter unserem Dach haben wir eine nahezu vollständige Kontrolle über Patienten und Budgets. Die Aushöhlung des solidarischen Gesundheitssystems hat es uns erlaubt, unrentable Kunden nicht mehr zu

behandeln. Tarifflicht, Lohndumping und Arbeitsverdichtung machten es möglich, stetig mehr aus unseren Mitarbeitern herauszuholen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: 2009 ist der operative Gewinn der Unternehmensgruppe um 30 % auf 680 Millionen Euro gestiegen. Doch damit dies so weiter geht, brauchen wir ihre Unterstützung. Denn inzwischen geht das Gespenst der Bürgerversicherung und der Rekommunalisierung von Krankenhäusern um!

Wachen Sie auf! Helfen Sie uns, diesem Anschlag auf die heilenden Kräfte des Marktes Widerstand entgegenzusetzen. Denn wir wollen nur Ihr Bestes: Ihr Geld.

Ihre Rhön-Asklepios-Helios-Signal-Aventis-Group

